



INDUSTRIEPOLITISCHE ARGUMENTE
ZUR 18. WAHLPERIODE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

PLÄDOYER FÜR DAS INDUSTRIELAND DEUTSCHLAND

Die gesamte Industrie inklusive der energieintensiven Grundstoffindustrie ist Motor des Fortschritts und Garant für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Diese Bedeutung der Industrie für Deutschland mit ihren tiefgestaffelten Wertschöpfungsketten erfährt jedoch bislang noch nicht die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz. Auch wenn die Politik sonntags voll des Lobes ist, wird die Belastungsfähigkeit der Unternehmen an den politischen Werktagen in Berlin und Brüssel bis an ihre Grenzen gebracht.

Wir brauchen einen Mentalitätswechsel pro Industrie und eine Politik, die die Industrie als Ganzes im Blick hat, um das gesellschaftliche Bewusstsein für die Leistungen und Beiträge der Industrie zu steigern. Wenn unsere Gesellschaft ihre Perspektiven ändert und auf eine ressortübergreifende Industriepolitik setzt, kann es gelingen, dass Deutschland leistungsstark bleibt. Die NE-Metallindustrie setzt auf eine Industriepolitik, die Raum für Innovationen und Investitionen schafft und Arbeitsplätze am Standort Deutschland sichert.

Perspektiven 12.13 – der WVM Geschäftsbericht

Bestellen Sie Ihr Exemplar unter der angegebenen Adresse oder nutzen Sie die digitale Version. Der QR-Code führt Sie zur Online-Version – ebenso finden Sie den WVM Geschäftsbericht in einer Version für Apple- und Android-Geräte in den jeweiligen Online-Stores.

www.wir-die-nichteisen-metallindustrie.de



Wirtschaftsvereinigung Metalle

info@wvmetalle.de | www.wvmetalle.de
Wallstr. 58/59 | 10179 Berlin
Telefon: 030 726207-100 | Telefax: 030 726207-198

INDUSTRIEPOLITIK IST QUERSCHNITTSAUFGABE

- *Umsetzung der politischen Bekenntnisse zur Industrie in politische Entscheidungen*
- *Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas*
- *Akzeptanz für Industrie und Investitionen verbessern*
- *Bestehende Belastungen verringern – zusätzliche Belastungen vermeiden*

Ressortübergreifende und systematische Umsetzung der politischen Bekenntnisse zur Industrie in politische Entscheidungen. Weite Teile der Politik betonen, dass eine leistungsfähige Industrie für Deutschland wichtig ist, und haben in ihren Wahlprogrammen wichtige und richtige Maßnahmen benannt. Diese gilt es ressortübergreifend umzusetzen.

Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas durch eine vorausschauende langfristige Strategie in der Politik, die über Legislaturperioden hinaus Geltung hat.

Akzeptanz für Industrie und Investitionen verbessern. Akzeptanzarbeit ist gemeinschaftliche Aufgabe von Wirtschaft, Politik und Bevölkerung. Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ist ein gemeinsamer Prozess, der konstruktiv und vorurteilsfrei gestaltet werden muss.

Bestehende Belastungen der Industrie verringern und zusätzliche Belastungen vermeiden. Die Industrie nimmt ihre Verantwortung bei der Umsetzung gesamtgesellschaftlicher Entscheidungen wahr, kann diese jedoch nicht alleine tragen. Die Belastungsfähigkeit der Industrie wird oft überschätzt.

Notwendig sind gleiche Voraussetzungen für alle (level playing field), um die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Industrie zu stärken.

KONSEQUENTE INFRASTRUKTURPOLITIK

- *Investitionsbedingungen verbessern*
- *Vorteile im internationalen Standortwettbewerb sichern*
- *Infrastruktur modernisieren und ausbauen*

Investitionsbedingungen verbessern. Investitionen in die Infrastruktur erhöhen das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft, schaffen Arbeitsplätze und generieren zusätzliche Wertschöpfung. Neben der Finanzierung konkreter Infrastrukturprojekte müssen gemeinsame Zielvorstellungen, Akzeptanz und Umsetzungswillen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sichergestellt werden.

Vorteile im internationalen Standortwettbewerb sichern. Noch ist Deutschlands Infrastruktur weltweit führend, nicht zuletzt dank langjähriger kontinuierlicher Investitionen. In Zukunft droht Deutschland aber von der Substanz zu leben. Die öffentlichen Nettoinvestitionen bewegen sich nach Aussagen des Statistischen Bundesamtes bereits seit 2003 im negativen Bereich.

Eine **konsequente Infrastrukturpolitik** führt die Nettoinvestitionen wieder in den positiven Bereich und schafft Akzeptanz für Investitionsprojekte.

Die Infrastruktur aus Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetzen **muss modernisiert und ausgebaut werden.** Die NE-Metallindustrie hat mit ihrer Materialkompetenz hier eine Schlüsselfunktion. Kupfer und Aluminium sind für den Ausbau der Energieversorgungs- wie der Kommunikationsinfrastruktur unerlässlich. Die Verzinkungsindustrie sorgt dafür, dass der Stahl- und Metallbau langlebige sowie ressourceneffiziente Werkstücke und Bauwerke bereitstellen kann.

ENERGIEPOLITIK

IST INDUSTRIEPOLITIK

- *Energie ist ein strategischer Produktionsfaktor*
- *Energie muss sicher, sauber und bezahlbar sein*
- *Entlastungen von Umlagen und Steuern beibehalten*
- *Ziele Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit gleichrangig verfolgen*

Energie ist ein strategischer Produktionsfaktor.

Die NE-Metallindustrie ist energieintensiv und energieeffizient; sie verwendet Energie wie einen Rohstoff. Elektrolysen, Schmelz-, Wärmebehandlungs- und Walzprozesse haben den höchsten Energiebedarf. Hauptenergieträger sind Strom und Erdgas.

Energie muss sicher, sauber und bezahlbar sein.

Die NE-Metallunternehmen stehen im globalen Wettbewerb. Ihre Energiekosten betragen im Verhältnis zur Bruttowertschöpfung im Durchschnitt mehr als 25 Prozent. In der Metallerzeugung stellen die Stromkosten bis zu 50 Prozent der Gesamtproduktionskosten dar.

Entlastungen von Umlagen und Steuern beibehalten. Die deutsche Industrie zahlt im internationalen Vergleich mit die höchsten Strom- und Gaspreise. Durch

explosionsartig gestiegene Umlagen (z. B. EEG) und den Emissionshandel (Einpreisung der CO₂-Kosten) liegen die Strompreise wesentlich über dem Niveau vor der Liberalisierung im Jahr 1998.

Die Ziele Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit gleichrangig verfolgen. Die Politik hat die Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit den Zielen der Umwelt- und Klimapolitik untergeordnet. Die Energiewende hat diese Schieflage verschärft. Zur Stärkung des Industriestandortes Deutschland ist der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit wieder ein höherer Stellenwert beizumessen.

ENERGIEWENDE

JA, ABER RICHTIG

- *Die Energiewende braucht die Industrie als Partner*
- *Die Energiewende muss für alle bezahlbar sein*
- *Die Energiewende muss die Versorgungssicherheit gewährleisten*

Die Energiewende braucht die Industrie als Partner.

Innovative Grund- und Werkstoffe sind Ausgangspunkt für Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Eine Unterteilung in grüne und graue Industrie widerspricht der Realität. Die Energiewende ist eine Jahrhundertaufgabe und bedarf einer konsistenten Projektsteuerung durch das Bundeskanzleramt.

Die Energiewende muss für alle bezahlbar sein.

Deutschland will bis 2022 aus der Kernenergie aussteigen und dafür die erneuerbaren Energien stark ausbauen. Durch das bestehende Fördersystem laufen die Kosten aus dem Ruder. Private und industrielle Stromkunden werden übermäßig belastet. Die Politik muss

deshalb schnellstmöglich die EEG-Kosten begrenzen. Von wettbewerbsfähigen Energiepreisen hängen rund 830.000 Arbeitsplätze in den Grundstoffindustrien ab. Durch zu hohe Kosten droht die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende zu schwinden.

Die Energiewende muss die Versorgungssicherheit gewährleisten.

Um bei steigendem Anteil erneuerbarer Energien die Stromversorgung sicherzustellen, muss das Stromnetz ausgebaut werden. Zugleich ist der Strombedarf jederzeit durch fossile Kraftwerke abzusichern. Anreize zur Flexibilisierung der Stromnachfrage und die Entwicklung von Energiespeichern leisten einen Beitrag zur Versorgungssicherheit.

05 Energiesteuern

BELASTUNGEN BEGRENZEN, ENTLASTUNGEN ERHALTEN

- Umlagen und Steuern zur Finanzierung der Energiewende überschreiten Belastungsgrenze
- Entlastungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit erhalten
- Die Industrie ist kein Kostentreiber der Energiewende

Umlagen und Steuern zur Finanzierung der Energiewende überschreiten Belastungsgrenze.

Die deutsche Industrie trägt Belastungen, die in anderen Ländern nicht bestehen. Die Politik verteuert Energie, um vermeintlich den Verbrauch zu senken und das Klima zu schützen. Das belastet Branchen wie die NE-Metallindustrie, die Werkstoffe und Lösungen für die Energiewende und den Klimaschutz anbieten. Steuern und Umlagen machen etwa die Hälfte der industriellen Stromkosten aus.

Entlastungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Energieintensive Unternehmen sind zum Teil von staatlichen Zusatzkosten ausgenommen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Als Grundstoffunternehmen können sie steigende Energiekosten im internationalen Wettbewerb nicht an ihre Kunden weitergeben.

Die Industrie ist kein Kostentreiber der Energiewende. Die Beschäftigten der Industrie sind auch private Stromverbraucher und Wähler. Der Verbraucher muss nicht für den Energie- und Stromsteuernachlass der Industrie aufkommen. Entlastungen bei EEG und Netzentgelten erhöhen jedoch die Kosten für die Haushalte. Kostentreiber ist der starke Ausbau der erneuerbaren Energien. Private Haushalte zahlen aktuell pro Jahr 218 Euro EEG-Umlage, davon entfallen 45 Euro auf die Entlastungen der Industrie.

KOSTENBREMSE STATT UMVERTEILUNG

- Kostenanstieg des EEG durch Ausbauentzschleunigung begrenzen
- Effizienz durch Umstellung auf ein System mit Selbstvermarktung und Marktprämie erhöhen
- Besondere Ausgleichsregelung erhalten
- Andere Finanzierungsformen prüfen

REFORM DES EEG

06

Kostenanstieg des EEG durch Ausbauent-schleu-nigung begrenzen. Es garantiert für Ökostrom 20 Jahre einen festen Abnahmepreis, der weit über dem Börsenstrompreis liegt. Die EEG-Umlage finanziert diese Mehrkosten, die Privatverbraucher und Industrie zu etwa gleichen Teilen tragen.

Effizienz durch Umstellung auf ein System mit Selbstvermarktung und Marktprämie erhöhen.

Die feste Einspeisevergütung und der Einspeisevorrang für Ökostrom setzen falsche Investitionsanreize. Das EEG subventioniert die Erzeugung ohne Rücksicht auf Nachfrage und Wert des Stroms. Mehr Marktorientierung erfordert unternehmerisches Verhalten der Investoren mit der vollen Risikoübernahme. Wegwerfstrom darf nicht mehr bezahlt werden. Für Neuanlagen muss die Abnahmegarantie auslaufen und die Eigenvermarktung verbindlich werden.

Die Förderung findet idealerweise über eine technologie-spezifische Marktprämie statt.

Besondere Ausgleichsregelung erhalten. Durch das Umlagesystem tragen die Verbraucher einen Teil der Kosten für die Industrie. Die Entlastungen sind existenziell. Die Kriterien sind treffsicher und dürfen nicht verschärft werden. Selbstständige Unternehmensteile müssen weiterhin entlastet werden. Bei der Stromintensität ist ein weicher Einstieg in die Entlastung anzustreben.

Andere Finanzierungsformen prüfen. Die Reform des EEG kann im Wesentlichen nur die Kosten für neue Anlagen senken. Eine Senkung der Gesamtkosten ist ohne Eingriffe bei den Bestandsanlagen nicht möglich. Daher ist eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln zu prüfen.

KEINEN MARKTWIDRIGEN EINGRIFF IN DAS EMISSIONSHANDELSSYSTEM

- Schutz vor Carbon Leakage sicherstellen
- Kompensation indirekter CO₂-Kosten fortsetzen
- Europäischen Emissionshandel mit der Förderung erneuerbarer Energien vereinbaren
- Keine CO₂-Steuer und keine nationalen CO₂-Grenzwerte für Anlagen einführen

EMISSIONSHANDEL

07

Einen marktwidrigen Eingriff in den EU-Emissionshandel (ETS) lehnen wir ab. Der Preis für Emissionszertifikate ist wegen der Wirtschaftskrise niedrig. Deshalb wollen die EU-Kommission und das Europäische Parlament dem Markt nachträglich Emissionsrechte entziehen (Backloading). Das erhöht den CO₂-Preis künstlich. Dieser Eingriff auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit ließe die EEG-Umlage weniger sinken, als der Strompreis steigt.

Schutz vor Carbon Leakage sicherstellen. Branchen auf der Carbon-Leakage-Liste erhalten eine kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten. Sie wird bis 2014 überarbeitet. Das Verlagerungsrisiko der dort aufgeführten NE-Metallindustrie ist unverändert hoch.

Kompensation indirekter CO₂-Kosten fortsetzen. Die Bundesregierung hat 2012 einen Ausgleich der in-

direkten CO₂-Kosten im Strompreis ab 2013 beschlossen. Das Geld stammt aus der Zertifikateversteigerung.

Europäischen Emissionshandel mit der Förderung erneuerbarer Energien vereinbaren. ETS und EEG bedürfen struktureller Reformen. Effektivität, Kostenbegrenzung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Grundstoffindustrie sind zu fokussieren.

Keine CO₂-Steuer und keine nationalen CO₂-Grenzwerte für Anlagen einführen. Weder ein Mindest-CO₂-Preis noch eine CO₂-Steuer können die Zielkonflikte der Klimaschutzinstrumente lösen. Sie erhöhen einseitig die Kosten und belasten die Wettbewerbsfähigkeit. Nationale oder regionale CO₂-Grenzwerte sind ein Verstoß gegen europäisches Recht und unterlaufen den Emissionshandel.

UMWELTPOLITIK IST INDUSTRIEPOLITIK

- Ressourceneffizienz ist eine Kernkompetenz der NE-Metallindustrie
- Folgenabschätzung bei neuen Vorhaben notwendig
- Risikobasierte Ansätze mit Augenmaß statt Vorsorgeprinzip
- Vermeiden von durch Vorreiterrollen verursachten Wettbewerbsverzerrungen
- Keine nationalen Verschärfungen bei Umsetzung europäischen Rechts

Ressourceneffizienz ist eine Kernkompetenz der deutschen Nichteisen-Metallindustrie. Der Einsatz von Metallen findet seit jeher unter höchster Effizienz statt, damit die Branche im internationalen Wettbewerb und am Markt auf Dauer zu bestehen.

Für neue Vorhaben ist eine Folgenabschätzung nötig. Auf dieser Basis sollten **risikobasierte Ansätze** Standard werden. Bei alleiniger Anwendung des **Vorsorgeprinzips** wird die ökonomische Realität vernachlässigt.

Nationale und europäische Vorreiterkonzepte führen zu internationalen Wettbewerbsverzerrungen. Paradebeispiele sind hierzu die IED-Richtlinie in Deutschland und die REACH-Verordnung in der EU.

Die einheitliche **Umsetzung von europäischem Recht** (1:1-Umsetzung) wird häufig **durch nationale Sonderregelungen oder Verschärfungen** unterlaufen. Zudem fehlt ein einheitlicher Vollzug der Kontrollen in Europa.



09 Kreislaufwirtschaft/Recycling

METALLRECYCLING, KERNKOMPETENZ DER INDUSTRIE

- Metallrecycling ist eine Erfolgsgeschichte in Deutschland
- Metallrecycling muss sich auch weiterhin rechnen
- Investitionen setzen ausreichendes Angebot an Sekundärrohstoffen voraus
- Internationale Harmonisierung von Umwelt- und Recyclingstandards ist voranzutreiben

KREISLAUFWIRTSCHAFT/RECYCLING

09

Metallrecycling ist eine Erfolgsgeschichte in Deutschland. Das Recycling ist Metallen in die DNA geschrieben. Als natürliche Elemente der Erdkruste lassen sie sich – anders als viele andere Werkstoffe – immer wieder ohne Qualitätsverlust recyceln.

Metallrecycling muss sich weiterhin rechnen. Metallrecycling entlastet die Umwelt und sichert die Rohstoffbasis Deutschlands. Metallrecyclingunternehmen dürfen daher in der Energie-, Klimaschutz- und Ressourceneffizienzpolitik nicht weiter belastet werden, sondern sind im Gegenteil zu entlasten.

Investitionen setzen ausreichendes Angebot an Sekundärrohstoffen voraus. Deutschland ist bereits heute global gesehen Recyclingweltmeister. Exporte von wertvollem Recyclingmaterial dürfen bereits nach

geltendem Recht nur in Länder mit vergleichbaren Umwelt- oder Sozialstandards erfolgen. Ökodumping ist konsequent zu verhindern.

Die internationale Harmonisierung von Umwelt- und Recyclingstandards ist voranzutreiben. Bei global um knappe Sekundärrohstoffe konkurrierenden Unternehmen müssen wettbewerbsverzerrende Faktoren wie unterschiedliche Umwelt- und Sozialstandards abgebaut werden. Existierende internationale Konventionen oder andere Regelwerke sind in allen Ländern konsequent umzusetzen und zu vollziehen.



10 Immissionsschutzrecht

IMMISSIONSSCHUTZ MIT DER INDUSTRIE

- *Vollzug schlank, effizient und einheitlich gestalten*
- *Arbeitshilfen unter Einbeziehung von Industrieexperten erstellen*
- *EU-Vorgaben schnell und 1:1 umsetzen*
- *BVT-Schlussfolgerungen praxistauglich in nationales Recht integrieren*

IMMISSIONSSCHUTZRECHT

10

Vollzug schlank, effizient und einheitlich gestalten.

Die deutsche Wirtschaft benötigt für fairen Wettbewerb einen schlanken, effizienten und einheitlich gestalteten Vollzug. Es ist für den Wettbewerb unbedingt erforderlich, dass erfasste Daten vergleichbar sind und somit als Basis für die Bewertung, Steuerung und Verbesserung der Genehmigungssituation genutzt werden können.

Arbeitshilfen unter Einbeziehung von Industrieexperten erstellen. Der Ansatz, den Vollzug durch die Erstellung von Arbeitshilfen zu unterstützen, muss fortgeführt werden. Wesentlicher Punkt ist jedoch die Beteiligung der Industrie an der Erstellung. Denn gerade die Industrie kann mit ihrem Know-how und Expertenwissen die Erstellung wesentlich voranbringen.

Europäische Vorgaben müssen schnell und 1:1

umgesetzt werden. Bei der Umsetzung von Richtlinien muss die künftige Bundesregierung in Zukunft den europäischen Wettbewerb im Auge haben. Goldplating und Abweichen von der 1:1-Umsetzung von europäischem Recht benachteiligen die deutsche Industrie und wirken wettbewerbsverzerrend.

BVT-Schlussfolgerungen müssen praxistauglich in nationales Recht integriert werden. Die Integration der BVT-Schlussfolgerungen in nationales Recht darf nicht zu einer unüberschaubaren TA Luft führen.



11 Wasserrecht

SCHWELLEN- UND PRÜFWERTE WISSENSCHAFTLICH ABLEITEN

- *Bundeseinheitliche Anlagenverordnung für wassergefährdende Stoffe ist praxistauglich zu gestalten*
- *Keine weiter gehenden Regelungen einer Grundwasserverordnung erforderlich*
- *Monetarisierung von Ökosystemdienstleistungen ist nicht standortförderlich*

Schwellenwerte und Prüfwerte benötigen wissenschaftliche Ableitungen. Neu entwickelte und überarbeitete Werte sind auf umfassender wissenschaftlicher Basis abzuleiten. Die Experten der Industrie sind in die Überarbeitung von Werten einzubeziehen. Die Auswirkungen auf andere Rechtsbereiche sind zu berücksichtigen.

Bundeseinheitliche Anlagenverordnung für wassergefährdende Stoffe ist praxistauglich zu gestalten. Eine bundeseinheitliche Anlagenverordnung ist der richtige Weg. Die Umsetzung darf jedoch nicht an der Realität vorbeigehen. Eine pauschale Einstufung von Gemischen als allgemein wassergefährlich ist nicht zielführend.

Keine weiter gehenden Regelungen einer Grundwasserverordnung erforderlich. Durch die Umsetzung der Grundwasserrichtlinie in die Grundwasserverordnung Teil I wurden alle unionsrechtlich relevanten Bereiche geregelt. Ein zweiter Teil der Grundwasserverordnung ist ökologisch und rechtlich unnötig.

Monetarisierung von Ökosystemdienstleistungen ist nicht standortförderlich. Die Einführung eines bundesweiten Wasserentnahmeentgelts verfehlt ihre ökologische Steuerungswirkung. Eine solche Abgabe belastet Bürger und Wirtschaft unnötig und führt zu Wettbewerbsverzerrungen.



12 Chemikalienrecht (REACH)

REACH BETRIFFT DEN GESAMTEN EU-WIRTSCHAFTSRAUM

- Auswahl der zu regelnden Stoffe soll nach dem risikobasierten Ansatz erfolgen
- Industrienaher Dialog bei der Stoffauswahl sowie bei offenen Umsetzungsfragen
- REACH darf Recycling nicht behindern
- Registrierung von Stoffen ist für die Unternehmen erst der Anfang

CHEMIKALIENRECHT (REACH)

12

Auswahl der zu regelnden Stoffe soll nach dem risikobasierten Ansatz erfolgen. Es sollte weiterhin möglich sein, die positiven Eigenschaften der Stoffe zu nutzen, wenn mögliche Risiken angemessen kontrolliert und beherrscht werden können. Nur so bleibt Europa wettbewerbsfähig.

Industrienaher Dialog bei der Stoffauswahl sowie bei offenen Umsetzungsfragen. Die Industrie hat das nötige Wissen, die Risiken bei der Verwendung von Stoffen realistisch einzuschätzen und Fragen der Umsetzung zu beantworten.

REACH betrifft den gesamten europäischen Wirtschaftsraum. Dies macht eine einheitliche europäische Umsetzung und einen einheitlichen Vollzug unabdingbar.

REACH darf Recycling nicht behindern. Durch eine Zulassungspflicht für das Recycling von Stoffströmen, die auch zulassungspflichtige Stoffe enthalten, könnte die europäische Recyclingrate massiv sinken. Hier muss eine Lösung im Sinne des Recyclings gefunden werden.

Registrierung von Stoffen ist für die Unternehmen erst der Anfang. Informationsweitergabe in der Lieferkette bindet die Ressourcen der Unternehmen und macht REACH zeitlich deutlich belastender als prognostiziert. Die Diskussion um Verwendungsverbote verunsichert den Markt. Produktionen werden wegen der Zulassungspflicht erheblich teurer.



PRAXISNAHE LÖSUNGEN ERMÖGLICHEN

- Besonderheiten der Metalle berücksichtigen
- Ableitung biologischer Grenzwerte nach wissenschaftlichen Kriterien
- Keine Konterkarierung des Biomonitorings durch Beschäftigtendatenschutz
- Bereich der psychischen Gesundheit erfordert individuelle Betrachtung

Praxisnahe Lösungen ermöglichen und die Besonderheiten der Metalle berücksichtigen. Die neuen risikobasierten Werte für die Luft am Arbeitsplatz sind außerordentlich niedrig. Nagelprobe des neuen Konzepts ist eine praxistaugliche Umsetzung im Metallbereich. Die technische Regel für Metalle ist von allen Seiten konstruktiv zu unterstützen.

Ableitung biologischer Grenzwerte (Belastung im Blut oder Urin) nach wissenschaftlichen Kriterien.

Keine Ausrichtung an den Durchschnittswerten der Allgemeinbevölkerung. Die Bedeutung biologischer Werte (Biomonitoring) ist in der Praxis für einige Metalle enorm. Der Vergleich mit dem Hintergrundniveau entspricht einer Nullexposition und ist weder sinnvoll noch arbeitsmedizinisch begründet.

Biomonitoring darf nicht durch überzogene Vorgaben zum Beschäftigtendatenschutz im Rahmen der Arbeitsmedizinischen Vorsorgeverordnung (ArbMedVV) konterkariert werden. Durch Biomonitoring kann der Arbeitgeber die individuelle Belastung der Mitarbeiter einschätzen. Die Pflicht zur Einwilligung des Beschäftigten in die ärztliche Untersuchung ist praxisfremd und kommt dem Schutz seiner Gesundheit gerade nicht zugute.

Der Bereich der psychischen Gesundheit erfordert eine individuelle Betrachtung. Die Gefährdungsbeurteilung auf psychische Belastung in den Verordnungen zur Betriebs- und Arbeitsstättensicherheit auszuweiten, verbessert die Handlungssicherheit im Betrieb nicht.



14 Rohstoffpolitik

ROHSTOFFPOLITIK IST INDUSTRIEPOLITIK

- Zugang zu internationalen Rohstoffmärkten gewährleisten
- Effektive Bekämpfung des Protektionismus
- Weniger ist nicht immer mehr
- Liberalisierten Freihandel stärken

Den Zugang zu internationalen Rohstoffmärkten gewährleisten. Die deutsche Wirtschaft ist von Rohstoffimporten abhängig. Bei wichtigen Industrie- rohstoffen ist Deutschland nahezu ausschließlich auf Importe und die Nutzung von Recycling angewiesen. Bei Metallerzen ist Deutschland zu 100 Prozent Netto- importeur. Die Schaffung der nationalen und inter- nationalen politischen Rahmenbedingungen einer sicheren Rohstoffversorgung ist Gemeinschaftsaufgabe von Wirtschafts-, Außen-, Sicherheits- und Entwick- lungspolitik.

Effektive Bekämpfung des Protektionismus. Die Weltrohstoffproduktion konzentriert sich bei einigen kritischen Rohstoffen auf wenige Länder. Diese betreiben eine gezielte Rohstoffsicherungspolitik.

Die Rohstoffmärkte sind daher durch eine Vielzahl von **Handels- und Wettbewerbsverzerrungen** gekennzeichnet, **gegen die es kontinuierlich und offensiv einzutreten gilt.**

Weniger ist nicht immer mehr. Für Zukunfts- technologien brauchen wir mehr Rohstoffe. Für ein Elektroauto mit Lithium-Ionen-Batterie brauchen wir gegenüber einem Fahrzeug mit Verbrennungsmotor durchschnittlich 60 kg mehr Kupfer, 50 kg mehr Alumi- nium, 20 kg mehr Stahl und 10 kg mehr Nickel.

Der **liberalisierte Freihandel** ist durch die Fortset- zung der WTO-Verhandlungen und bilaterale Verein- barungen **weiter zu stärken.**



15 Ressourceneffizienz

METALLE WERDEN NICHT VERBRAUCHT, SONDERN GEBRAUCHT

- Die Schraube der Ressourceneffizienz darf nicht überdreht werden
- Existierende Ressourceneffizienzindikatoren weiter verbessern
- Rohstoffsteuern sind kontraproduktiv

RESSOURCENEFFIZIENZ

15

Mehr Differenzierung in der Diskussion: Metalle werden nicht verbraucht, sondern gebraucht.

Metalle können aufgrund ihrer physikalischen Struktur (natürliche Elemente) nicht verbraucht werden. Durch Recycling werden sie immer wieder ohne Qualitätsverlust einer erneuten Verwendung zugeführt.

Die Schraube der Ressourceneffizienz darf nicht überdreht werden. Hohe Metallpreise garantieren bereits heute einen effizienten Metalleinsatz. Hochpreisige Metalle werden nicht verschwendet, sondern von den Kunden der Metallindustrie nur dort eingesetzt, wo sie ihre technischen und funktionalen Stärken am besten ausspielen können. Dies ist Voraussetzung, um im internationalen Wettbewerb auf Dauer zu bestehen.

Die existierenden Ressourceneffizienzindikatoren müssen weiter verbessert werden. Herkömmliche Indikatoren verbuchen die Metallherstellung als Metallverbrauch, obwohl die Metalle nach Ablauf ihrer Nutzungszeit in der Infrastruktur oder in Produkten wieder zur Verfügung stehen. Dieses Recyclingpotenzial muss in den Indikatoren berücksichtigt werden.

Rohstoffsteuern sind kontraproduktiv. Abgaben oder Steuern auf Rohstoffe erhöhen die ohnehin hohen Materialkosten und verringern die Wettbewerbsfähigkeit der international effizientesten Unternehmen.



16 Konfliktrohstoffe

KEINEN EUROPÄISCHEN DODD-FRANK ACT

- Freiwilligen Ansätzen ist der Vorzug zu geben
- Sekundärrohstoffe müssen als konfliktfrei gelten

KONFLIKTROHSTOFFE – DODD-FRANK ACT (DFA)

16

Keine Überführung der Regulierung des Dodd-Frank Acts (DFA) in europäisches Recht, solange keine hinreichend positiven Erfahrungen mit der Umsetzung der Regulierung bestehen und die Praktikabilität bzw. Zielerreichung in der Konfliktregion nicht sichergestellt ist. Der DFA wirkt schon heute wie ein **De-facto-Embargo**. Betroffene Firmen ziehen sich aus Sorge vor Imageverlusten aus der Rohstoffgewinnung im Kongo zurück. Die Menschen und Familien vor Ort sind jedoch auf den Kleinbergbau angewiesen, da er die wichtigste Einkommensquelle darstellt.

Eine EU-Initiative zu Konfliktrohstoffen sollte sich nicht am DFA orientieren, sondern **vor Ort die Voraussetzungen für den sukzessiven Ausbau des konfliktfreien Rohstoffhandels schaffen**.

Freiwilligen Ansätzen, die auf Ebene der OECD für das verantwortungsvolle Management von Lieferketten formuliert wurden, **ist der Vorzug** vor verpflichtenden Herkunftszertifikaten **zu geben**. Die Unternehmen der Nichteisen-Metallindustrie sind sich ihrer verantwortlichen Position innerhalb der Wertschöpfungskette bewusst und setzen bereits seit Jahren auf diese freiwilligen Initiativen.

Sekundärrohstoffe müssen als konfliktfrei gelten. Mit ihnen werden keine Konflikte finanziert und der Nachweis, woher die Abfallfraktionen und die darin befindlichen – bereits mehrfach in den Wertstoffkreislauf zurückgeführten – Rohstoffe stammen, ist praktisch nicht möglich.



17 Steuerpolitik

STEUERPOLITIK IST INDUSTRIEPOLITIK

- *Wir haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem*
- *Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands liegt in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit*
- *Hohe Steuergerechtigkeit, geringer Korrekturbedarf*
- *Höhere Steuern sind kein Garant für Mehreinnahmen*

Wir haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. Deutschlands Steuereinnahmen steigen auch ohne Steuererhöhungen. Die Steuereinnahmen des Bundes steigen seit 2005 stetig an. Prognosen sehen bis 2016 eine Steigerung auf 687 Milliarden Euro vor. Die Vorgaben der Schuldenbremse werden bereits 2014 erfüllt. Die Mehreinnahmen können somit in erforderliche Investitionsvorhaben für Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur fließen. Die Gründe für die Einnahmentwicklung liegen in der noch stabilen Wirtschaftslage in Deutschland. Wachstum und Beschäftigung sind die Treiber für Steuereinnahmen.

Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands liegt in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Anfang 2000 zählte der deutsche Standort durch die hohe Steuerbelastung der Unternehmen im internationalen

Vergleich zu den Schlusslichtern. Durch eine maßvolle Absenkung der Gesamtsteuerbelastung in den vergangenen Jahren konnte der Wirtschaftsstandort Deutschland wieder an Attraktivität gewinnen.

Hohe Steuergerechtigkeit, geringer Korrekturbedarf. Bereits heute zahlen die oberen 10 Prozent der Steuerpflichtigen 55 Prozent des Steueraufkommens. Leistung muss sich auch künftig noch lohnen.

Höhere Steuern sind kein Garant für Mehreinnahmen. Zusätzliche Steuern beeinflussen Investitionsentscheidungen, die das Gesamtsteueraufkommen negativ beeinflussen könnten.

DIE VERMÖGENSTEUER **IST EINE SUBSTANZBESTEUERUNG**

- *Die reine Vermögensteuer ist ein deutscher Sonderweg*
- *Die Vermögensteuer trifft zu 90 Prozent Betriebsvermögen*

VERMÖGENSTEUER

18

Die reine Vermögensteuer ist ein deutscher

Sonderweg. Neben der reinen Vermögensteuer gibt es noch andere vermögensbezogene Steuern, insbesondere Grundsteuer und Erbschaftsteuer. Die reine Vermögensteuer existiert in Europa nur noch in Frankreich und Luxemburg. Die Besonderheit in Deutschland besteht darin, dass neben der Grundsteuer – anders als in anderen Ländern (z. B. Großbritannien) – höhere Abgaben und Gebühren auf das Vermögen erhoben werden. Das Ertragsteueraufkommen ist in Deutschland relativ höher, so dass die vermögensbezogenen Steuern vergleichsweise geringer sind.

Die Vermögensteuer ist eine Substanzbesteuerung und trifft zu 90 Prozent Betriebsvermögen. Die Einführung einer Vermögensteuer betrifft nicht nur vermögende Privatpersonen, sondern zu 90 Prozent Betriebsvermögen. Dabei spielt die Rendite eines Unternehmens die wesentliche Rolle. Je geringer die Rendite ist, desto stärker wirkt die Vermögensteuer. Bei Verlusten würde die Steuer sogar die Substanz angreifen, da sie unabhängig von der Ertragslage zu zahlen wäre. Unabhängige Berechnungen haben ergeben, dass durch die Vermögensteuer bei einer Rendite von 2 Prozent die steuerliche Belastung des Ertrags knapp über 98 Prozent betragen würde. Bei einer Rendite von 10 Prozent läge die Ertragsteuerbelastung bei knapp über 58 Prozent.

KEINE ERHÖHUNG DER STEUERLAST FÜR UNTERNEHMEN

- Modernisierung der Unternehmensbesteuerung
- Steuerpolitische Strukturreformen müssen vorangetrieben werden
- Abbau von Steuerbürokratie

UNTERNEHMENSBESTEUERUNG

19

Modernisierung der Unternehmensbesteuerung.

Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland durch Modernisierung der Unternehmensbesteuerung, insbesondere Konzernbesteuerung und Gewerbesteuer.

Keine Erhöhung der Steuerlast für Unternehmen.

Die geplante Vermögensteuer/Vermögensabgabe betrifft im Wesentlichen das Betriebsvermögen und führt zu weniger Investitionen und Abwanderungstendenzen. Auch eine Einführung einer Finanztransaktionsteuer würde den Standort Deutschland schwächen. Bereits heute tragen die Unternehmen in Deutschland mehr als 40 Prozent des Ertragsteueraufkommens. Zusätzliche Belastungen haben mittelbare Effekte auf Wachstum und Beschäftigung und damit auf die Quelle der Steuereinnahmen.

Steuerpolitische Strukturreformen müssen vorangetrieben werden. Die Doppelbesteuerungsabkommen sollen Missbrauch erfassen, nicht aber die ökonomisch gebotenen und international üblichen Strukturen behindern.

Abbau von Steuerbürokratie und Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen. Der Abbau der Steuerbürokratie muss fortgesetzt werden, z. B. bei den Aufbewahrungsfristen. Neben klaren Regelungen muss die Finanzverwaltung zuverlässiger und praxisgerechter vollziehen, z. B. durch zeitnahe Betriebsprüfungen.

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER BELASTET DIE INDUSTRIE MEHRFACH

- Die Finanztransaktionssteuer verfehlt ihre Ziele
- Die weitgefaste Definition eines Finanzinstitutes bezieht auch die Realwirtschaft mit ein
- Die Finanztransaktionssteuer belastet die Wettbewerbsfähigkeit
- Die Finanztransaktionssteuer führt zu einer Mehrfachbesteuerung derselben wirtschaftlichen Sachverhalte (Kaskadeneffekt)

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

20

Die Finanztransaktionssteuer verfehlt ihre Ziele.

Der bisherige Richtlinienentwurf sieht für die Finanzwirtschaft die Möglichkeit vor, die anfallende Finanztransaktionssteuer in Form von Gebühren weiterzugeben. Damit tragen der Bürger und die Realwirtschaft die Last und nicht die Finanzwirtschaft. Die breite Anwendungsbasis und der geringe Steuersatz sind keine geeigneten Instrumente zur Eindämmung von Spekulationsgeschäften.

Die weitgefaste Definition eines Finanzinstitutes bezieht auch die Realwirtschaft mit ein.

Nach den Vorschlägen der Europäischen Kommission werden auch gewerbliche Unternehmen direkte Schuldner der Finanztransaktionssteuer sein. Damit belastet die Finanztransaktionssteuer neben dem privaten Sparer insbesondere die Realwirtschaft.

Die Finanztransaktionssteuer belastet die Wettbewerbsfähigkeit. Aufgrund der internationalen Präsenz der NE-Metallindustrie und des NE-Metallhandels ist die Weitergabe der FTT in Form einer Gebühr oder eines Preisaufschlages für unsere Unternehmen nicht möglich. Eine zusätzliche Steuer würde die Kosten der Steuerung von Geschäftsrisiken wesentlich erhöhen und das Betriebsergebnis direkt belasten.

Die Finanztransaktionssteuer führt zu einer Mehrfachbesteuerung derselben wirtschaftlichen Sachverhalte (Kaskadeneffekt). Dies führt insbesondere im Handel mit NE-Metallen zu Mehrfachbelastungen, da bei bestimmten Derivatgeschäften ein wirtschaftlich betrachtet einziges Geschäft aus technischen Gründen üblicherweise über mehrere Beteiligte hinweg abgewickelt wird.

108.775

Beschäftigte

7,8 Mio. t

Produktion

665

Unternehmen

50,5 Mrd. €

Umsatz

22,0 Mrd. €

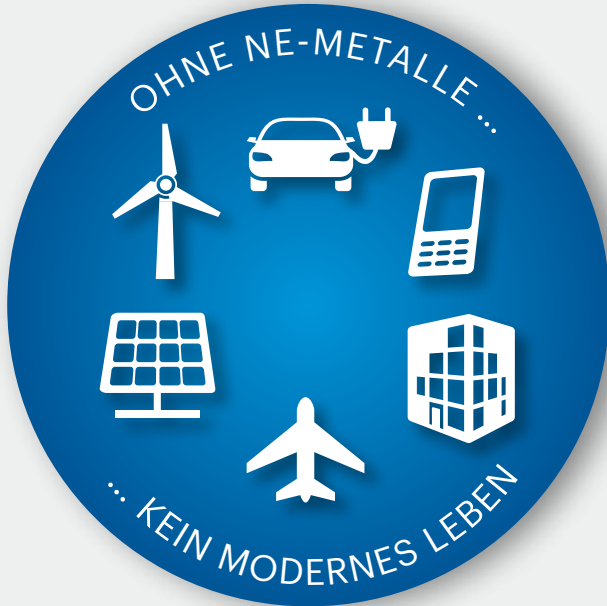
davon Auslandsumsatz

24,2 Mrd. kWh

Energieeinsatz (2011)

13,3 Mrd. kWh

davon Stromeinsatz



OHNE NE-METALLE ...

... fährt kein E-Mobil

... klingelt kein Handy

... funktioniert kein Gebäude

... fliegt kein Flugzeug

... wirkt keine Solarzelle

... dreht sich kein Windrad

**Nichteisen-Metalle:
Werkstoffe, die Zukunft gestalten**